
Richard Saage

Utopie und Programmatik

Zum politischen Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie

Prof. Dr. Richard Saage, geb. 1941 in Tülau/Niedersachsen, Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Frankfurt/M. und Cambridge/USA, lehrt seit 1992 Politikwissenschaft an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg.

Die deutsche Sozialdemokratie bewegt sich zur Zeit mit Riesenschritten auf die größte Identitätskrise ihrer Geschichte zu. Daß sie das moralische Gut der Solidarität in praktische Politik für die kleinen Leute umsetzte, verliert ihr

einst ein Profil, das sie von allen politischen Parteien in Deutschland unterschieden hat. Der Faschismus konnte diese Partei zwar als Massenbewegung zerschlagen. Was ihm jedoch nicht gelang, war die Zerstörung der Grundwerte der Freiheit und Brüderlichkeit, die diese Partei in ihrer langen Geschichte zur Hoffnung von Millionen werden ließ. Die Geschlossenheit und die innere Disziplin, die sie auszeichneten, verdankte sie nicht in erster Linie der Macht ihrer bürokratischen Apparate, sondern der Ineinssetzung mit jenen emanzipatorischen Werten, die Ausfluß der besten Traditionen der Aufklärung sind. Das alles scheint nun auf dem Spiel zu stehen. Nicht nur daß Ratlosigkeit herrscht, ob sich die Partei weiterhin zu ihrer sozialistischen Tradition bekennen soll: Die Orientierungslosigkeit greift selbst auf die Beantwortung tagespolitischer Fragen über, die von der Asylproblematik bis zur Zukunft der Bundeswehr reichen. Noch gravierender ist freilich, daß die SPD zu einer post-modernen Plattform herunterzukommen droht, die nur noch einem Zweck dient: der Befriedigung des persönlichen Ehrgeizes ihrer wichtigsten Spitzenpolitiker. Es gibt viele Wege, die aus dieser Krise führen können. Doch sie werden sich alle als Sackgassen erweisen, wenn insbesondere die sozialdemokratischen Führungsgremien es nicht erneut lernen, ihre eigenen programmatischen Grundlagen ernst zu nehmen.

Die Plausibilität dieser These versteht sich nicht von selbst. Tatsächlich hat der bekannte Soziologe und Sozialphilosoph Niklas Luhman 1989 in einem Aufsatz über „Theorie der politischen Opposition“¹ einen Ausverkauf linker und rechter Programmaussagen festgestellt. Die entsprechenden Theorieelemente der Opposition auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite wiesen keine Unterschiede mehr auf. Die Parteien hätten Mühe, ihre politischen Programme mit Versatzstücken der konservativen, liberalen und sozialistischen Tradition des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zumindest semantisch und rhetorisch als gegensätzliche Legitimationsmuster erscheinen zu lassen. Diese Beobachtung trifft sicherlich zu. Und doch schießt sie über das Ziel hinaus, wenn man sie undifferenziert verallgemeinert. Gewiß, eine politische Partei, die nichts weiter will als die Fortschreibung der bestehenden sozio-politischen Verhältnisse benötigt kein Programm: Sie wird es sogar als Behinderung ihrer konservativen Politik empfinden, wenn sie sich ein Grundsatzprogramm aufbürdet, das über Formeln wie „Es bleibt alles beim alten!“ oder „Weiter so, Deutschland!“ hinausgeht.

Ganz anders stellt sich diese Frage für eine Partei wie die SPD, die seit ihrer Gründung vor über hundert Jahren unter dem Gesetz angetreten ist, die Gesellschaft zu reformieren. „Sie wird gefragt“, schreibt Erhard Eppler, „warum sie verändern will - mit welchem Ziel, auf welchem Wege, zu welchem Zweck, zu wessen Gunsten, mit welchen Mitteln, mit wessen Hilfe -, welches Bild von Gesellschaft sie hat, wie denn die Gesellschaft aussehen soll, auf die sie zustrebt, und mit wem und gegen wen sie ihre Reformen durchsetzen will. Die Wähler, noch mehr die Menschen, die sich als Mitglieder einer Partei

¹ Vgl. Niklas Luhmann, Theorie der politischen Opposition, in: Zeitschrift für Politik, 36. Jg. (1989), S. 13-26.

engagieren oder dafür geworben werden sollen, haben ein Recht auf solche Fragen. Wer darauf einigermaßen gewissenhaft antworten will, schreibt, ob er will oder nicht, ein Grundsatzprogramm. Und so ist die Geschichte der SPD auch eine Geschichte ihrer Grundsatzprogramme: Gotha 1875, Erfurt 1891, Heidelberg 1925, Godesberg 1959, Berlin 1989."² Diese, wie ich meine, korrekte Einschätzung vorausgesetzt, möchte ich im folgenden einige Bemerkungen zur Entwicklung des programmatischen Selbstverständnisses der SPD von ihren Anfängen bis zur Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität und des Wandels machen, um abschließend in der gebotenen Kürze eine aktuelle Standortbestimmung dieser Partei zu versuchen, wie sie sich im Licht ihrer neuesten Programmaussagen darstellt.

I.

Die entscheidende *Konstante* im programmatischen Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie ist ihr Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie des allgemeinen Wahrrechts. Tatsächlich schrieb Ferdinand Lassalle genau in dem historischen Augenblick die demokratischen und liberalen Forderungen des deutschen Bürgertums aus der 48er Revolution auf das Banner der Sozialdemokratie, als es in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts im berühmten preußischen Verfassungskonflikt seinen Frieden mit dem Bismarckschen Obrigkeitsstaat machte. Sein „Offenes Antwortschreiben“ vom 1. März 1863 gilt zu Recht als eines der großen programmatischen Dokumente der deutschen Sozialdemokratie: Es verklammert in eindrucksvoller Weise ihren Reformwillen mit den großen Ideen von Freiheit und Demokratie.³ Lassalle hatte damit die Richtlinie formuliert, an der sich die deutsche Sozialdemokratie in den verschiedenen Phasen ihrer Entwicklung vom Eisenacher Programm von 1869 über das Erfurter Programm von 1891 bis zum Godesberger Programm von 1959 und dem Leipziger Programm von 1990 orientierte: Es ist die Überzeugung, daß die Besserstellung der sozial Benachteiligten nicht mit den Mitteln der Diktatur, sondern nur im Rahmen einer Demokratie gelingen kann, in der eine Pluralität von politischen Parteien ungehindert für ihre Überzeugungen und politischen Zielvorstellungen legal werben kann.

Zugleich läßt sich sagen, daß seit der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917 die unterschiedliche Einstellung zur Frage der parlamentarischen Demokratie und ihren Konnexinstitutionen, wie den Grund- und Menschenrechten, die entscheidende Differenz markiert, die Sozialdemokraten und Kommunisten in zwei unversöhnliche Lager gespalten hat. Wollte man den gemeinsamen Nenner sozialdemokratischer Kritik am Herrschaftssystem der Bolschewiki, wie es sich ab 1918 in seinen wesentlichen Konturen herauszubilden begann, charakterisieren, so könnte man ihn auf die Formel bringen,

2 Erhard Eppler, Plattform für eine neue Mehrheit. Ein Kommentar zum Berliner Programm der SPD, 2. Auflage, Bonn 1990, S. 7 f.

3 Ferdinand Lassalle, Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig, 1863, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie. Hrsg. u. eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Bonn 1990, S. 112.

daß sich die Herrschaft des Proletariats nur legitimieren lasse im Namen eines realen und nicht bloß antizipierten Mehrheitswillens der Arbeiterklasse: Niemand hat diesen antikommunistischen Konsens der Sozialdemokratie prägnanter auf den Begriff gebracht als Karl Kautsky in seiner Schrift „Terrorismus und Kommunismus“. Er sah die „Erbsünde des Bolschewismus“ in seiner „Verdrängung der Demokratie durch die Regierungsform der Diktatur, die einen Sinn nur hat als unumschränkte Gewaltherrschaft einer Person oder einer kleinen, fest zusammenhaltenden Organisation“.⁴ Schon damals sah Kautsky hellsichtig die vordringliche Aufgabe des europäischen Sozialismus darin, durch Aufklärung der Massen dafür zu sorgen, daß die moralische Katastrophe einer bestimmten Methode des Sozialismus, nämlich die Diktatur der Bolschewiki, „nicht zur Katastrophe des Sozialismus überhaupt wird“.⁵ Er wußte sich selbst mit Rosa Luxemburg einig, daß es ohne eine uneingeschränkte Demokratie, zu deren wesentlichsten Einrichtungen die völlige Freiheit der Diskussion und der Mitteilung von Tatsachen gehört, einen Sozialismus, der diesen Namen verdient, nicht geben könne: „Dort, wo sich der Sozialismus auf demokratischer Grundlage noch nicht möglich erweist, wo die Mehrheit der Bevölkerung ihn ablehnt, (ist) seine Zeit überhaupt noch nicht gekommen.“⁶ Die Demokratie kann also nicht, so müssen wir den antibolschewistischen Konsens der Sozialdemokratie interpretieren, durch die Diktatur einer Avantgardepartei ersetzt werden, die von sich in Anspruch nimmt, sie könne aufgrund ihrer vermeintlich wissenschaftlichen Einsicht in den Gang der Geschichte sich über die aktuellen Interessen, Wünsche und Bewußtseinsformen der großen Masse der Bevölkerung in autoritärer Weise hinwegsetzen.⁷

Doch die Sozialdemokratie unterscheidet sich nicht nur durch ihr Demokratieverständnis von allen Varianten des Realsozialismus und dessen Ideologie des Marxismus-Leninismus. Es setzt sie auch klar von Konzeptionen ab, die in der Politikwissenschaft als reduzierte Demokratiebegriffe⁸ gelten. Was ist darunter zu verstehen? Ich möchte zwei Aspekte nennen: Das klassische Verständnis von Demokratie, wie es in Europa bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts vorherrschte, verband mit ihr vor allem Autonomie und Selbstbestimmung des Volkes: Das Volk kann seinen Willen nicht repräsentieren lassen; es muß diesen selbst, d. h. direkt in der Volksversammlung artikulieren und ausführen. Das sogenannte „reduzierte“ Demokratieverständnis bricht radikal mit diesem auf Emanzipation abzielenden Begriff politischer Teilhabe. Vielmehr wird sie verstanden als eine effektive Sozialtechnik zur Ermittlung und Durchsetzung einer institutionellen Ordnung, „um zu politischen - legislativen und administrativen — Entscheidungen zu gelangen“.⁹ Konsequenterweise wird das demokratische Prinzip der Selbstbestimmung des Volkes ersetzt durch das des

4 Karl Kautsky, *Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution*, Berlin 1919, S. 144.

5 A. a. O., S. 138.

6 A. a. O., S. 145.

7 Vgl. hierzu Iring Fetscher, *Ende der Utopien?* (unveröffentlichtes Manuskript 1992), S. 1 f.

8 Dieser Begriff geht, soweit ich sehen kann, auf den Politikwissenschaftler Frieder Naschold zurück.

9 Joseph A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1950, S. 384.

„trust“, des Vertrauens in die gewählten Repräsentanten der Legislative und Exekutive. Zugleich haben die Bürger die strikte Arbeitsteilung zwischen Politik und Nichtpolitik zu beachten. Sie müssen einsehen, wie Joseph A. Schumpeter schreibt, „daß, wenn sie einmal jemanden gewählt haben, die politische Tätigkeit seine Sache ist und nicht die ihre“.¹⁰

Auch das Demokratieverständnis der SPD hat durch die Auseinandersetzung mit der alten, klassischen Demokratie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ihr spezifisches Profil gewonnen. Ähnlich wie die reduzierten Demokratietheorien hat sie sich für das Repräsentationsprinzip und gegen das imperative Mandat der klassischen Demokratie entschieden.¹¹ Die Ablehnung der direkt-demokratischen Strukturen der Rätebewegung während der Revolution von 1918/19 durch die Mehrheitssozialdemokratie bestätigte nur, was seit Lassalle bereits feststand: Wer unter den Bedingungen heterogener sozialer Interessenlagen in einer industrialisierten Massengesellschaft Demokratie will, muß für das Repräsentationsprinzip ebenso eintreten wie für ein pluralistisches Partei- und Verbandswesen, für den Parlamentarismus, eine kritische Öffentlichkeit und den Minoritätenschutz auf der Basis kodifizierter und juristisch einklagbarer Grund- und Menschenrechte. Doch im Gegensatz zu den reduzierten Demokratiekonzepten trat die Sozialdemokratie das Erbe der klassischen Demokratie in zwei anderen Hinsichten an:

1. In der deutschen Sozialdemokratie war zu keinem Zeitpunkt die Reduktion der Demokratie auf eine bloße Sozialtechnik zur Ermittlung eines handlungsfähigen politischen Willens und zur Herstellung einer sozialen Ordnung mehrheitsfähig. Gegen gewisse technokratische Tendenzen, die Politik auf die Durchsetzung sozio-technischer Sachzwänge festlegen wollten, obsiegte stets ein Politikbegriff, der auf autonome Teilhabe der Bürger am politischen Willensbildungsprozeß abzielt. Dieses Bekenntnis zur partizipatorischen Demokratie ist im Berliner Programm von 1989 erneut bekräftigt worden.¹² Hinter dieser Aussage steht die Überzeugung, daß das, was auf Parteitag, in Fraktionssälen oder am Kabinetttisch verhandelt wird, nicht ausreicht, um die - angesichts drohender ökologischer Katastrophen - verhängnisvollen Fehlentwicklungen unserer Gesellschaft zu stoppen. Dazu bedarf es - unterhalb der Ebene offizieller Politik - der Gegenmacht der mündigen Bürger selbst. Ausdrücklich heißt es im Berliner Programm: „Der Bürgerdialog ist Ausdruck demokratischer Kultur. Er rückt ins Zentrum der Politik, wo - wie bei der Gestaltung der Technik - Entscheidungen zu treffen sind, die alle angehen und später nur schwer zu verändern sind.“¹³

2. Die SPD hat von der klassischen Demokratie nicht nur die partizipatorische Orientierung übernommen. Noch wichtiger ist, daß auch für sie Demo-

10 A. a. O., S. 468.

11 Vgl. Walter Euchner, Sozialdemokratie und Demokratie. Zum Demokratieverständnis der SPD in der Weimarer Republik, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXVI. Bd. (1986), S. 125-178.

12 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Parteitag in Berlin 1989, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie (Anm. 3), S. 379.

13 Ebda.

kratie ohne Reformen zugunsten der sozial Benachteiligten ihren eigentlichen Zweck verfehlt. Den entscheidenden Unterschied zum reduzierten Demokratieverständnis hat bereits Lassalle hervorgehoben. Verfügen im Rahmen des parlamentarischen Systems die Arbeiter für ihre Politik über die Mehrheit, so lautet sein Credo, „muß sich ja jeder, welcher das allgemeine und direkte Wahlrecht aufrichtig will, geduldig auch den sozialen Veränderungen unterwerfen, welche dasselbe durch die Beschlüsse der Volksvertreter im Lande hervorrufen kann!“¹⁴ Die Sozialdemokratie ist in ihrer überwältigenden Mehrheit dieser Lassalleschen Prämisse gefolgt. In dem Maße, wie die Postulate der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der großen bürgerlichen Revolutionen mit Hilfe des Mehrheitswillens eingelöst werden, muß sich die Demokratie in Gestalt des Sozialstaates, aber auch der Wirtschaftsdemokratie mit einem sozialen Inhalt füllen. Nicht zufällig ziehen sich Sozialpolitik und wirtschaftliche Mitbestimmung wie ein roter Faden durch alle programmatischen Dokumente der deutschen Sozialdemokratie.

II.

Wenn für die Sozialdemokratie auch klar war, daß der« Gradmesser für eine gelungene Demokratisierung der Entwicklungsstand ihrer sozialen Dimension ist, so muß doch die Beantwortung der Frage, wie deren verwirklichte Form aussehen soll und in welchem Maße sie unter kapitalistischen Bedingungen realisiert werden kann, als die große *Variable* des programmatischen Selbstverständnisses der SPD gelten. Rückblickend und vereinfacht ausgedrückt, kann gesagt werden, daß sie bis zum Godesberger Programm im Schatten eines ökonomistischen Sozialismusverständnisses stand. Horst Heilmann hat in seinem Buch „Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ dieses Konzept ausführlich kommentiert.¹⁵ Ich kann mich daher auf drei knappe kritische Bemerkungen beschränken. Zunächst liegt ihm der fundamentale Irrtum zugrunde, eine gesellschaftlich geplante Wirtschaft auf der Grundlage sozialisierten Eigentums sei in der Lage, unter Verzicht auf das Steuerungsinstrument Markt eine störungsfreie funktionierende Gesellschaft zu gewährleisten, in der sich die Individuen frei entfalten können. Zwar ist zuzugeben, daß der Markt nur auf kurzfristige Nutzenkalküle zu reagieren vermag und für langfristige Richtungsentscheidungen der gesellschaftlichen Entwicklung ungeeignet erscheint. Doch andererseits verkennt das ökonomistische Sozialismuskonzept die Unentbehrlichkeit des Marktmechanismus für die Stimulierung wirtschaftlicher Aktivität und ökonomischer Innovation. Die Dynamik der Marktwirtschaft hat die Annahme des ökonomistischen Sozialismuskonzepts längst widerlegt, der Kapitalismus werde in seiner Entwicklung stagnieren. Das

¹⁴ Ferdinand Lassalle. Reden und Schriften, hrsg. u. eingel. v. Ludwig Maenner, Berlin 1926, S. 265 f.

¹⁵ Vgl. Horst Hermann, Die Voraussetzungen des demokratischen Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Bonn 1991; sowie Walter Euchner, Die Herausbildung des Konzepts „Demokratischer Sozialismus“, in: Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. Für Iring Fetscher. Hrsg. v. Herfried Münkler, München, Zürich 1992, S. 47-80.

Gegenteil ist der Fall: Die bürokratisierte Planwirtschaft hat sich als die entscheidende Fessel für die Entfaltung der produktiven Kräfte in der Ökonomie erwiesen.

Das zweite kritische Argument hängt mit dem ersten zusammen: Am Beispiel der Bundesrepublik wird deutlich, daß sich die kapitalistische Gesellschaft im Rahmen des sogenannten „Wirtschaftswunders“ ganz anders entwickelte als die Prognosen es vorhersagten, die dem ökonomistischen Sozialismuskonzept die Zukunftsfähigkeit sichern sollten: Bei wachsendem Lebensstandard und umfassenden sozialstaatlichen Leistungen wurde die Stellung der Lohnabhängigen im Produktionsprozeß immer differenzierter. In dem Maße, wie der Anteil der unmittelbaren Produzenten in der Arbeiterschaft abnahm, stieg die der Angestellten im tertiären Sektor, d. h. im Dienstleistungsgewerbe, an. Die Folgen waren unausweichlich: Anstelle der Verelendung der Arbeiter und der Entstehung eines kollektiven revolutionären Klassenbewußtseins wurde der Trend unumkehrbar, daß die Lohnabhängigen entweder über ihre Gewerkschaften auf der Grundlage der Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit oder durch individuelle Lösungsstrategien ihre materielle Lage im Kapitalismus zu verbessern suchten.

Der dritte fundamentale Irrtum des ökonomistischen Sozialismuskonzepts ist der Glaube an einen geschichtsphilosophisch fundierten notwendigen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dieser dogmatische intellektuelle Optimismus ist gleich in doppelter Hinsicht gescheitert. Einerseits ist es keineswegs geschichtsnotwendig, daß eine soziale Revolution stattfindet, die zur Befreiung der Menschen führt. Spätestens seit dem Sieg des Faschismus und dem Niedergang der organisierten Arbeiterbewegungen in Mittel- und Westeuropa während der Zwischenkriegszeit wissen wir, daß die Marxsche Formel, die Menschheit stelle sich immer nur die Aufgaben, deren objektive Lösungsbedingungen im Schoß der Gesellschaft bereits herangereift seien, nicht zutrifft. Andererseits ist der geschichtsphilosophisch fundierte Fortschrittsglaube auch deswegen diskreditiert, weil die Geschichte des 20. Jahrhunderts gezeigt hat, daß mit dem Rekurs auf eine „historische Notwendigkeit“ totalitäre Herrschaftsmechanismen gerechtfertigt wurden, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen. Und schließlich ist auf die unüberwindlichen Schwierigkeiten hinzuweisen, das geschichtsphilosophische Fortschrittsdenken wissenschaftstheoretisch zu begründen.

Die Strukturfehler des ökonomistischen Sozialismuskonzepts liegen uns heute allen klar vor Augen. Wie kam es, daß sozialdemokratische Theoretiker wie Eduard Bernstein und Hermann Heller, die bereits im Kaiserreich bzw. in der Weimarer Republik die unhaltbaren Prämissen des ökonomistischen Sozialismuskonzepts erkannt und kritisiert hatten, es in der Zwischenkriegszeit nicht vermochten, ihre richtigen Einsichten innerhalb der Sozialdemokratie zu mehrheitsfähigen Positionen zu entwickeln? War die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten eine Vereinigung ideologisch verblendeter Toren, daß sie aus diesen Defiziten erst Ende der fünfziger Jahre die notwen-

digen Konsequenzen zogen? Wer diese Frage bejaht, könnte zu kurz greifen. Zunächst ist kennzeichnend, daß sich der orthodoxe Marxismus in der Sozialdemokratie in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts während der Zeit der Sozialistengesetze durchsetzte.¹⁶ In dieser Periode der Ohnmacht und der sozialen Ausgrenzung, die sich ja dann in der Endphase der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ fortsetzte, mußte eine Theorie aus sozialpsychologischen Gründen auf fruchtbaren Boden fallen, die der sozialistischen Arbeiterbewegung suggerierte, sie handele in Übereinstimmung mit dem historischen Fortschritt und den „objektiven“ Gesetzen der Geschichte. Es kommt aber noch ein anderes Argument hinzu. Sowohl das Kaiserreich als auch die Weimarer Republik waren durch eine sich zunehmend verschärfende innenpolitische Konfliktlage gekennzeichnet, deren klassenkämpferische Dimension alle Bereiche der Gesellschaft durchdrang. Angesichts dieser sozialen Polarisierung hatten für viele Sozialdemokraten die vom orthodoxen Marxismus geprägten konzeptionellen Muster einen so hohen Plausibilitätsgrad, daß revisionistische Ansätze wie die von Bernstein und Heller keine Chance hatten, mehrheitsfähig zu werden. Dieser Trend wurde noch dadurch verstärkt, daß der Markt als Motor der Wirtschaft restlos zu versagen schien: Die große Inflation von 1923 und die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932 diskreditierten für viele Arbeiter alle Alternativen zur Planwirtschaft und zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Es spricht für die kollektive Lernfähigkeit der SPD, daß sie gleichwohl aus dem Schatten des ökonomistischen Sozialismuskonzepts heraustrat, als klar wurde, daß in der Ära des „Wirtschaftswunders“ mit dem Aufweichen der alten Klassenfronten ein neuer Typus von Demokratie entstanden war, der in der modernen Politikwissenschaft als „Konkurrenzdemokratie“ bezeichnet wird: Die Parteien konkurrieren um Wählerstimmen nicht mehr mit klassenspezifischen Programmaussagen, sondern mit Versprechen, die sich an dem Interesse einer diffusen, klassenanalytisch nicht mehr eindeutig bestimmbar politischen Mitte orientieren: Wirtschaftswachstum, Stabilität, sozialer Aufstieg, soziale Sicherheit. Hätte sich die SPD diesen neuen politischen Rahmenbedingungen verweigert, so wäre sie zu einer sozialistischen Sekte geschrumpft und politisch bedeutungslos geworden. Die Alternative dagegen hieß: Umwandlung von einer marxistisch orientierten Klassenpartei zu einer linken Volkspartei und Ersetzung des ökonomistischen Sozialismuskonzepts durch eine Wirtschaftspolitik, die, gegründet auf der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit, mit dem Instrumentarium des Neokeynsianismus und des Steuerstaates die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen des Wohlfahrtsstaates sichert.¹⁷

Kodifiziert wurde diese Umorientierung der SPD durch das Godesberger Programm. Zwar enthält es eine kritische Analyse des bestehenden kapitalisti-

¹⁶ Vgl. hierzu Heiniann, Die Voraussetzungen (Anm. 15), S. 45 f.

¹⁷ Vgl. Walter Euchner, Marxismus und die demokratische Entwicklung in Europa in den letzten Jahrzehnten (unveröffentlichtes Manuskript).

sehen Wirtschaftssystem. Angesichts der Gefahr, daß „wirtschaftliche Macht zur politischen Macht (wird)“, sieht es in der „Bändigung der Macht der Großwirtschaft“ die „zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik“. Doch neu ist, daß jetzt „das private Eigentum an Produktionsmitteln (...) Anspruch auf Schutz und Förderung (hat), soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert“.¹⁸ Befürwortet werden gemischte Eigentumsverhältnisse, die neben dem Privateigentum auch staatliches, genossenschaftliches und kommunales Eigentum an Produktionsmitteln vorsehen. Dem entspricht, daß das Godesberger Programm ausdrücklich die Marktwirtschaft, d. h. den freien Wettbewerb und die freie Unternehmerinitiative als Instrumente für Wirtschaftswachstum und ökonomische Effizienz anerkennt. Staatliche Maßnahmen sollen vor allem den Wettbewerb und den konjunkturellen Aufschwung durch keynsianische Maßnahmen sichern. Es gilt anstelle des planwirtschaftlichen Modells die Formel: „Wettbewerb soweit wie möglich - Planung soweit wie nötig!“¹⁹

Gleichwohl ist der Sozialismusbegriff im Godesberger Programm nicht aufgegeben, wohl aber in folgenreicher Weise modifiziert worden. Zunächst wird mit der marxistischen Tradition, ihn im Sinne einer geschichtsphilosophischen Notwendigkeit zu begründen, gebrochen. Nicht historisch-deterministisch, sondern nur ethisch ist sein Geltungsanspruch plausibel zu machen.²⁰ Dieser ethischen Begründung entspricht, daß der Prämisse des orthodoxen Marxismus eine Absage erteilt wird, wonach mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel das sozialistische Endziel einer harmonischen, konfliktfreien und paradiesischen Gesellschaft erreicht sei, in der sich alle Probleme von selbst lösen. Vielmehr wird der Sozialismus als eine dauernde Aufgabe begriffen, „Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen und sich in ihnen zu bewähren“.²¹ Mit diesem Sozialismusbegriff erkannte die SPD auch programmatisch an, was sie längst war: „Eine linke Volkspartei der dauernden Reform“, „die sagte, was sie tat, und tat, was sie sagte“. Und Eppler fügt hinzu: „Da marschierten nicht mehr Arbeiterbataillone in Richtung auf ein Endziel der Geschichte, da kündigte eine große Volkspartei zähe, unermüdliche Reformarbeit an in Richtung auf mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber weil hier endlich das Programm die Praxis einholte, führt kein Weg hinter Godesberg zurück.“²²

III.

Zentrale programmatische Aussagen des Godesberger Programms prägen bis auf den heutigen Tag das Selbstverständnis der SPD.²³ Wenn dessen Grundannahmen weiterhin als unumstößlich gelten, stellt sich die Frage, warum es überhaupt zum Berliner Programm kommen konnte. Die Antwort ist

18 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959, in: Programmatische Dokumente (Anm. 4), S. 358.

19 A. a. O., S. 357.

20 Vgl. Willi Eichler, 100 Jahre Sozialdemokratie, Bonn 1962, S. 79.

21 Grundsatzprogramm (Anm. 18), S. 352.

22 Eppler, Plattform (Anm. 2), S. 17.

23 VgLa. a. O., S. 18.

einfach: weil sich die Welt seit 1959 grundlegend verändert hat. Das Berliner Programm selbst deutet die neue Problemlage an, die 1959 nicht einmal in Ansätzen zu erkennen war. Unterdessen sind nämlich die Destruktivkräfte der Technik unendlich gewachsen. Einerseits kann sich die Menschheit durch atomare, chemische oder biologische Massenvernichtungsmittel selbst auslöschen. Andererseits droht sie sich durch Vergiftung von Boden, Wasser und Luft, durch Klimaveränderungen globalen Ausmaßes und Abbau der schützenden Ozonschicht selbst die Lebensgrundlagen zu entziehen. Weltweit planende, gigantische multinationale Konzerne unterlaufen zunehmend demokratische Kontrollen. Und nicht zuletzt warten in einer bereits verwirklichten Weltgesellschaft der Nord-Süd-Konflikt und das Problem einer gerechten Friedensordnung noch immer auf eine Lösung.

Es ist charakteristisch, daß im Godesberger Programm der Begriff „Ökologie“ nicht auftaucht. Dieser fehlende Hinweis auf Gefahren der Umweltzerstörung in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation ist nicht zufällig. Zwar hatte das Godesberger Programm, wie gezeigt, mit zentralen Prämissen des ökonomistischen Sozialismuskonzepts gebrochen. Aber in einer Hinsicht blieb es doch dem marxistischen Fortschrittsbegriff verhaftet. Ihm zufolge vollzieht er sich durch das Zusammenwirken von technischer Entwicklung, quantitativem Wirtschaftswachstum und sozialer Sicherung. Fortschritt, so verstanden, ist nur möglich, wenn es zu einer quantitativen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums kommt: erst dann sind die materiellen Mittel gegeben, die die umfassende Entfaltung eines jeden einzelnen in einer tendenziell konfliktfreien Gesellschaft sichern. Zugleich gilt die Technik als autonomer Prozeß; sie ist in ihrer Wirkung auf die Gesellschaft neutral. Es kommt daher alles auf ihre richtige Anwendung und die optimalen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung an. Hinter diesem Erwartungshorizont steht die Annahme, daß die Technik die eigentliche Triebkraft des Fortschritts ist, auf die Politik nur reagieren kann: Sie hat die Aufgabe, Technikentwicklung und Wirtschaftswachstum zu stabilisieren.²⁴

Wenn man so will, hat das Berliner Programm die letzte Prämisse des ökonomistischen Sozialismuskonzepts verabschiedet, „daß wissenschaftlich-technischer und ökonomischer Fortschritt fast automatisch die soziale und humane Höherentwicklung unserer Gesellschaft vorantreibt“.²⁵ Zugleich wird die Gestaltung der Technik zu einer politischen Aufgabe erklärt und nicht mehr in Kategorien autonomer Sachzwänge interpretiert. Da so oder so auszuwählen ist, kommt es darauf an, wer dies in wessen Interesse tut.²⁶ Dieses Interesse aber kann, da Technik „nicht neutral ist in ihrer Wirkung auf die Gesellschaft“,²⁷ nur auf den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft selbst hinauslaufen, weil er längst eine Frage des Überlebens geworden ist. Aus-

24 Vgl. a. a. O., S. 111, 119 f.

25 Heimann, Die Voraussetzungen (Anm. 15), S. 70.

26 Berliner Programm (Anm. 12), S. 427.

27 Ebda.

drücklich heißt es im Berliner Programm, daß das bloße Fortschreiben wirtschaftlicher Wachstumstrends noch keine Zukunft ergibt: „Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt“. Und weiter: „Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Menschen und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt“.²⁸ Demgegenüber *können* technologische Innovation und Wirtschaftswachstum, aber sie *müssen* nicht automatisch Fortschritt sein; dieser setzt vielmehr „Umsteuern, Auswählen, Gestalten“ voraus.²⁹ Es ist also die Auswahl von Wachstumsfeldern zu fordern, die sichert, daß einerseits wächst, was die Lebensqualität fördert und andererseits schrumpft, was die Lebensqualität mindert.³⁰ Wenn dergestalt die Ökologie kein Zusatz zur Ökonomie im Sinne einer Balance zwischen beiden, sondern jene die Voraussetzung für diese ist, gilt die Maxime, daß gesamtgesellschaftlich nichts vernünftig ist, was ökologisch unvernünftig wäre.³¹

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß die ökologische Selektion der Wachstumsfelder nicht autoritär oder mit diktatorischen Mitteln, sondern durch Bürgerdialoge erreicht werden soll. Ihre Aufgabe besteht darin, Konsense und Mehrheitsentscheidungen vorzubereiten.³² Aber auch die politischen Methoden und Instrumente im engeren Sinne für den ökologischen Umbau benennt das Berliner Programm: „Ökologische Erneuerung wollen wir, wo immer möglich, nicht durch administrative Einzelentscheidungen, sondern durch politische Rahmensetzung bewirken. Das ökologisch Schädliche muß teurer, das ökologisch Richtige ökonomisch vorteilhafter werden. Dazu dienen Abgaben und Steuern auf der einen, finanzielle Anreize auf der anderen Seite. Energie muß teurer werden.“³³ Sicherlich ist mit dieser Perspektive dem demokratischen Sozialismus eine ganz neuartige Aufgabe zugefallen. Einst ging es ihm darum, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, um die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums in Gestalt des quantitativen Wachstums üppiger fließen zu lassen, als dies im kapitalistischen Wirtschaftssystem möglich zu sein schien. Heute dagegen ist es sein Ziel, dessen Dynamik im Interesse der natürlichen Lebensbedingungen der Menschen Grenzen zu setzen. Dies vorausgesetzt, besteht die historisch neue Herausforderung des demokratischen Sozialismus darin, in einer gemischten Wirtschaft, in der marktbezogener Wettbewerb, gewerkschaftliche Gegenmacht als Kontrolle der Verfügungsgewalt des Kapitals und staatliches Handeln zusammenwirken, Normen zu entwickeln und politisch durchzusetzen, die zwar die ökonomische Initiative des freien Unternehmers nicht entmutigt, wohl aber mit den Überlebensbedingungen der Menschheit in Übereinstimmung bringt.

28 A. a. O., S. 374.

29 Ebda.

30 A. a. O., S. 425.

31 A. a. O., S. 423.

32 A. a. O., S. 378 f.

33 A. a. O., S. 425.

Ich kenne jedenfalls keine politische Denkschule, die aufgrund ihrer ganzen Tradition besser geeignet wäre, diese Aufgabe erfolgreicher in Angriff zu nehmen, als der demokratische Sozialismus, wie ihn die SPD entwickelt hat. Im Gegensatz zum besitzindividualistischen Liberalismus hat er immer am Prinzip der Solidarität und der Solidargemeinschaft festgehalten. Im Gegensatz zum bolschewistischen Kommunismus und zu bestimmten Varianten des Konservatismus war für ihn von Anfang an die individuelle Selbstentfaltung auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie und der vorstaatlichen Menschenrechte eine zivilisatorische Errungenschaft, hinter die nicht mehr zurückgegangen werden darf. Und im Gegensatz zu bestimmten fundamentalistischen Strömungen im grünen Spektrum hat er sich der Ökologieproblematik geöffnet, ohne den Boden der Industriegesellschaft und des Sozialstaats zu verlassen.

Das programmatische Selbstverständnis der SPD, so kann zusammenfassend gesagt werden, hat sich geändert, weil sich die Fragen änderten, auf die es eine Antwort zu geben gilt. Doch dieser Wandel erfolgte in letzter Instanz, um bleiben zu können, was sie von Anfang an war: Garant der unauflösbaren Verbindung von Demokratie und Sozialismus, wohl wissend, daß diejenigen, die den Sozialismus auf Kosten der Demokratie zu verwirklichen suchten, in einer historischen Sackgasse landen werden.

IV.

Abschließend sei eine aktuelle Standortbestimmung der SPD im Licht des Berliner Programms von 1989 wenigstens in den Grundzügen angedeutet. Es läßt zwei Intentionen erkennen: Einerseits besteht es auf der Kontinuität der Sozialdemokratie mit ihrer eigenen Vergangenheit. Sinnfälligster Ausdruck hierfür ist ihr unbeirrtes Festhalten am demokratischen Sozialismus als unverwechselbares Signum ihres spezifischen Profils. Andererseits öffnet es sich aber auch für die Probleme der Zukunft: Der Wille, sie zu gestalten, verdichtet sich in der Verpflichtung, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft einzuleiten und zu vollenden. Beide Optionen bedingen sich gegenseitig, weil eine soziale Bewegung, die die Brücken zu den bewährten Traditionen ihrer Vergangenheit abbricht, auch nicht die Kraft haben kann, den zukünftigen Herausforderungen gewachsen zu sein. Und doch darf in einer Standortbestimmung der SPD nicht verschwiegen werden, daß beide Optionen außerordentlich umstritten sind.

Eine der großen Lehren der SPD in der Zwischenkriegszeit war, daß sie zwar entscheidend zum Aufbau und zur Verteidigung der ersten deutschen Demokratie beigetragen hat. Dennoch gelang es den alten Mächten der Reaktion, sie zunächst politisch auszugrenzen, dann auszuschalten und schließlich die Weimarer Republik durch ihr Bündnis mit den Nazis zu zerstören. Im April 1979 hat Herbert Wehner diese Erfahrung thematisiert, als er ausführte: „Ich habe hier Jahrzehnte darum gerungen, daß jedenfalls die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Sinne Schumachers ihre Aufgabe versteht. Und

das ist, die Republik nicht untergehen zu lassen, wie die Weimarer Republik seinerzeit untergegangen ist (...), und das wird noch lange erforderlich sein."³⁴ Gewiß, die Bundesrepublik im Jahr 1993 ist nicht zu verwechseln mit Deutschland im Frühjahr 1933. Und doch kann niemand leugnen, daß die alten Bestrebungen, die SPD aus der Republik auszugrenzen und sie mit verfassungsfeindlichen Kräften gleichzusetzen, immer noch virulent sind. Spätestens mit dem Fall der Gesellschaftsordnungen des sowjetischen Typs in Europa und insbesondere durch den Zusammenbruch der DDR hat dieser Trend einen neuen Auftrieb erfahren. Das Schlagwort „Sozialismus“ stieg zur „Offensivwaffe der Konservativen“ auf. Die Stoßrichtung dieser semantischen Offensive ist klar: es geht darum, daß „beim Wort Sozialismus (...) die Menschen (...) nicht nur an das gescheiterte System in der DDR und Osteuropa denken, sondern auch an die SPD“.³⁵ Der Bundestagsabgeordnete Friedrich Bohl formulierte bündig, worauf es vielen Konservativen ankommt: er setzte das Scheitern des real existierenden Sozialismus „mit dem Bankrott der sozialistischen Idee insgesamt“³⁵ gleich. Mit dieser Formulierung ist zweierlei gesagt: 1. Es besteht eine geistige Verwandtschaft im Zeichen des Sozialismusbegriffs zwischen der SPD und den Kommunisten. 2. Aufgrund dieser Gemeinsamkeit bewegt sich die SPD außerhalb des Spektrums der verfassungskonformen Kräfte.

Es gibt nicht wenige Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die auf diese semantische Bürgerkriegserklärung mit Panik reagierten.³⁷ Sie forderten die sofortige Streichung des Begriffs „Sozialismus“ und damit den Abschied von einer zentralen Kategorie des Berliner Programms. Die Konsequenzen dieses Vorganges sind unausweichlich: Wenn, wie Ernst Vollrath es kürzlich formulierte, souverän im intellektuellen Disput ist, „wer über die Bedeutung von Begriffen und über die Regel ihrer Verwendung entscheidet“,³⁸ dann wird der Sozialdemokratie aus ihren eigenen Reihen empfohlen, sich der Definitionsmacht ihres politischen Gegners zu unterwerfen. Ein solches Ansinnen aber, zu Ende gedacht, liefe darauf hinaus, daß die SPD nicht nur ihre Geschichte dementiert, sondern darüber hinaus auch ihre Zukunftsfähigkeit verliert: Welche innere Glaubwürdigkeit bleibt ihr, wenn sie sich gerade in dem Augenblick, in dem das von ihr seit 1917 mit treffenden Argumenten kritisierte kommunistische Projekt zusammenbricht, von dem distanziert, was sie zur integersten politischen Kraft in der neueren deutschen Geschichte gemacht hat? Und welche Perspektiven nach vorn kann sie eröffnen, wenn sie sich als zu schwach erweist, an dem festzuhalten, was sich in den Stürmen der deutschen Geschichte seit 1848 bewährte?

Von einer Standortbestimmung der SPD sollte ferner nicht reden, wer über ihre heutige Vision der Gesellschaft der Zukunft schweigt. Bedeutet der im Berliner Programm beschlossene ökologische Umbau der Industriegesell-

34 FAZ, 17. 4.1979.

35 Heimann, Voraussetzungen (Anm. IS), S. 9.

36 Das Parlament, Nr. 50, 8.12.1989, S. 6.

37 Ausführlich dokumentiert bei Hermann, Voraussetzungen (Anm. 18), S. 15 ff.

38 Ernst Vollrath, Umbau der Demokratie? Der Mythos der Zivilgesellschaft, in: FAZ, 5.1.1993.

schaft nicht einen Bruch mit ihrer eigenen sozialpolitischen Tradition, den arbeitenden Menschen lebenswürdige materielle Umstände zu garantieren? Setzt eine ökologische Gesellschaft nicht massiven Konsumverzicht voraus? Und fordert dieser nicht den einzelnen eine Askese ab, die sich an der Bewahrung des existentiellen Minimums der Menschheit orientiert? Ich denke, daß man auf dem Boden des Berliner Programms diese Fragen gelassen beantworten kann. Die Schaffung gesellschaftlicher Bedingungen, unter denen der einzelne seine kreativen Fähigkeiten kulturell voll entwickeln kann, war schon immer das Ziel des demokratischen Sozialismus. Intellektuelle, wissenschaftliche, künstlerische und moralische Verbesserungen sind aber mit der Erhaltung der Okosphäre nicht nur vereinbaren. Darüber hinaus könnte an die Stelle „der ausschließlichen Aufgabe, immer mehr Güter zu immer niedrigeren Preisen herzustellen, (...) die Anweisung treten, möglichst attraktive, gesunde, befriedigende Formen von Arbeit bereit zu stellen und möglichst dauerhafte und schöne Produkte zu erzeugen“.³⁹ Eine Utopie? Vielleicht. Aber ein politisches Programm, das keine Utopie enthält, verdient diesen Namen nicht.

³⁹ Iring Fetscher, Ursprünge des zeitgenössischen Fortschrittsbegriffs, in: Forschung Frankfurt, Wissenschaftsmagazin der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, 2/3 (1989), S. 18.